

### Anlage 3

Bericht von Landrat Michael Makiolla zur Lage der Flüchtlinge im Kreis Unna auf der Sitzung des Kreistages am 15. März 2016 in Unna

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich bin gebeten worden, dem Kreistag einen Sachstandsbericht zur Lage der Flüchtlinge im Kreis Unna zu geben.

Zu Beginn meiner Ausführungen weise ich aber noch darauf hin, dass weder der Kreis Unna, noch die Kreisverwaltung eine Gesamtzuständigkeit oder gar Gesamtverantwortung für die Flüchtlinge im Kreisgebiet haben.

Die politischen und behördlichen Zuständigkeiten für diese Personengruppe liegen primär bei den Bundes- und Landesbehörden sowie bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

In die Angelegenheiten dieser Institutionen werde ich mich nicht einmischen.

Die Kreisverwaltung wirkt dagegen nur ergänzend und unterstützend, manchmal auch im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wie sehen die aktuellen Zahlen aus?

- o Anfang März waren den Städten und Gemeinden im Kreis Unna insgesamt 4.358 Flüchtlinge fest zugewiesen.

Diese Flüchtlinge werden von den kreisangehörigen Kommunen untergebracht, versorgt und betreut, wobei die Stadt- und Gemeindeverwaltungen häufig von ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie von den Hilfsorganisationen unterstützt werden.

Viele dieser zugewiesenen Flüchtlinge werden längerfristig oder sogar dauerhaft im Kreis Unna bleiben.

Deswegen sind alle Anstrengungen zur Integration auf diese Menschen zu konzentrieren.

Daneben leben rund 1.600 Flüchtlinge in Notunterkünften und in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE), die von den Kommunen und Hilfsorganisationen im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen betrieben werden.

Diese Menschen halten sich nur wenige Tage oder Wochen im Kreis Unna auf und werden dann anderen Städten und Gemeinden zugewiesen, wo sie längerfristig oder dauerhaft bleiben.

Für diese Menschen trägt das Land Nordrhein-Westfalen die Hauptverantwortung.

Die Ausländerbehörde des Kreises Unna ist außer in der Stadt Lünen für alle ausländerrechtlichen Angelegenheiten der fest zugewiesenen Flüchtlinge zuständig.

Das Asylverfahren wird dagegen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durchgeführt.

Im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen betreibt der Kreis Unna auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen eine sog. „Erstaufnahmeeinrichtung (EAE), in der einreisende Flüchtlinge für das Land registriert werden.

Im Jahre 2015 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort insgesamt 15.970 Flüchtlinge registriert.

Allein im Februar 2016 haben 1.387 Flüchtlinge in Unna-Massen das Registrierungsverfahren durchlaufen.

Am 12. Januar 2016 konnte endlich die Röntgenpraxis auf dem Gelände in Unna-Massen in Betrieb genommen werden.

Das hat erhebliche Einsparungen für das Land Nordrhein-Westfalen zur Folge.

Geplant ist die Ausweitung der Registrierungsarbeitsplätze im Front-Office von derzeit fünf auf künftig neun.

Damit wird es möglich sein, in der EAE Unna-Massen ca. 800 Personen pro Woche zu registrieren.

Im Rahmen der geplanten Umorganisation der Zugangssteuerung für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen wird es weitere bauliche und technische Veränderungen in der EAE geben.

Bis Mitte April soll die Erstaufnahmeeinrichtung in die Lage versetzt werden:

- Registrierungen mit ED-Behandlung vorzunehmen,
- Passdokumente zu prüfen,
- biometrische Lichtbilder zu erstellen und den
- Auskunfts nachweise zu erstellen.

Das neue Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge wird dann die Identifikation der Flüchtlinge deutlich erleichtern und dadurch insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entlasten.

Die Kreisverwaltung Unna leistet in Nordrhein-Westfalen daher einen wichtigen Beitrag, um die Flüchtlingsbewegungen besser steuern zu können und die Verwaltungsverfahren deutlich zu beschleunigen.

Darüber hinaus betreibt das Jobcenter des Kreises Unna zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und in Kooperation mit dem Kreis Unna und den Städten und Gemeinden den sog. „Integration-Point“ am Standort Kamen.

Dort sollen arbeitsberechtigte und arbeitsfähige Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive beraten, qualifiziert und in den Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Es ist vorgesehen, den Integration-Point zu dezentralisieren und zusätzliche Standorte in anderen Städten des Kreisgebietes einzurichten.

Das Jobcenter des Kreises Unna betreut aktuell ca. 2.200 Flüchtlinge.

Über 700 von ihnen kommen aus Syrien, über 100 aus dem Irak und knapp 100 aus Eritrea.

Rund 270 erwerbsfähige Leistungsbezieher sind bereits in der Betreuung des Integration-Points.

Zusammen mit den Familien handelt es sich um rund 400 Personen.

Wöchentlich kommen rund 30 erwerbsfähige Leistungsbezieher dazu.

Wir rechnen damit, dass diese Zahlen spätestens ab dem 3. Quartal 2016 deutlich ansteigen und zu zusätzlichen Aufwendungen bei den Kosten der Unterkunft führen werden.

Ich habe in den vergangenen Wochen mit allen örtlichen Bundestagsabgeordneten über die finanziellen Folgen dieser Entwicklung für die kommunalen Haushalte gesprochen.

Alle vier Abgeordneten haben mir ihre politische Unterstützung bei der Forderung nach einer höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft zugesagt.

Dafür bin ich sehr dankbar!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine weitere wichtige Rolle bei der Integration von Flüchtlingen spielt auch das Kommunale Integrationszentrum des Kreises Unna mit Sitz in Bergkamen.

Diese Einrichtung wird seit 1989 zu einem großen Teil vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert.

Im vergangenen Jahr hat das Kommunale Integrationszentrum aus den Landesförderprogrammen „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“ und „Zusammenkommen und Verstehen“ insgesamt 49.800 Euro an kreisangehörige Kommunen und Hilfsinitiativen weitergeleitet. Das Kommunale Integrationszentrum fungiert auch als kreisweite Informationsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und Kommunen zu vielen Fragestellungen rund um das Thema „Integration“.

Insgesamt haben im vergangenen Jahr 136 mündliche, telefonische und digitale Beratungen durch das Kommunale Integrationszentrum stattgefunden.

An drei Informationsveranstaltungen haben 75 Ehrenamtliche aus dem gesamten Kreisgebiet teilgenommen.

Seit Anfang 2016 werden zusammen mit der Kreisausländerbehörde gemeinsame Informationsveranstaltungen zum Thema „Ausländerrecht“ angeboten.

Außerdem haben drei Seminare für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ stattgefunden.

Das Kommunale Integrationszentrum stellt darüber hinaus seit 25 Jahren die Geschäftsführung des Flüchtlingsrates im Kreis Unna.

Dabei handelt es sich um einen informellen Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit Flüchtlingsangelegenheiten im Kreisgebiet befassen.

Nach den Erkenntnissen des Kommunalen Integrationszentrums gibt es im Kreis Unna derzeit 16 Initiativen, die Flüchtlinge betreuen und unterstützen, mit insgesamt mehr als 2.700 ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

Das ist eine beeindruckende Zahl!

Ohne diese Menschen, wären die Behörden und Hilfsorganisationen überhaupt nicht in der Lage, eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten. Deswegen bedanke ich mich von dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und –helfern für ihr wichtiges Engagement für unser Gemeinwesen.

Wir brauchen sie!

Das Kommunale Integrationszentrum soll mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen um weitere 1,5 Stellen verstärkt werden, um die Unterstützung insbesondere der Ehrenamtlichen weiter intensivieren zu können.

Wir besprechen aktuell mit den Städten und Gemeinden, wie diese Unterstützung zielgerichtet und sinnvoll genutzt werden kann.

Das konkrete Konzept werden wir im April kurzfristig auf den Weg bringen müssen.

Hierfür bitte ich Sie heute schon um Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung in der Sache.

Das zweite Standbein des Kommunalen Integrationszentrums ist die Organisation der schulischen Integration.

Hier verfügen wir im Kreis Unna besonders große Erfahrungen.

Im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen organisiert das Kommunale Integrationszentrum seit 2011 die Beschulung aller neu zugewanderten Kinder- und Jugendlichen im Kreis Unna.

Gemeinsam mit der Schulaufsicht des Landes haben wir im Kreis Unna im Rahmen des sog. „GO-IN-Programms“ die Beschulung von Zuwandererkindern und –jugendlichen in Regelklassen und Regelschulen sichergestellt.

Das unterscheidet den Kreis Unna von vielen Nachbarkommunen.

Im Schuljahr 2014/15 haben insgesamt 453 zugewanderte Kinder und Jugendliche an der Erstberatung, der Potentialeinschätzung und der Schulplatzvermittlung des Kommunalen Integrationszentrums teilgenommen.

Von August 2015 bis März 2016 waren es rund 1.100 Schülerinnen und Schüler.

Das ist eine gewaltige Leistung der Schulen, des Kommunalen Integrationszentrums und des Schulamtes, die alle dafür große Anerkennung verdienen.

GO-IN wird seit Februar 2014 wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Alles deutet darauf hin, dass dieser Weg der schulischen Integration der effektivste ist, um junge Menschen in kürzester Zeit und besonders nachhaltig mit der deutschen Sprache vertraut zu machen.

Darauf deutet auch das starke Interesse hin, dass Schulen aus benachbarten Kommunen an unserem Vorgehen im Kreis Unna zeigen.

Trotzdem ist GO-IN in letzter Zeit öffentlich heftig kritisiert worden.

Diese Kritik nehme ich sehr ernst.

Allerdings sind sich die Schulaufsicht bei der Bezirksregierung Arnsberg, die Schulaufsichtsbeamtinnen und –beamten des Schulamtes und ich uns einig, dass wir diesen eingeschlagenen und sehr erfolgreichen Weg grundsätzlich weitergehen wollen.

Allerdings werden wir noch stärker als bisher auf die spezifischen Probleme einzelner Schulen bei der Regelbeschulung von Zuwanderern eingehen und Rücksicht nehmen müssen.

Dazu wird es in naher Zukunft einen Gesprächstermin mit den örtlichen Schulträgern im Kreisgebiet, der Schulaufsicht und dem Kommunalen Integrationszentrum geben.

Ich bin sicher, dass wir die entstandenen Probleme dann gemeinsam ausräumen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Chef der Kreispolizeibehörde Unna bin ich auch für die Gewährleistung der Sicherheit im Kreisgebiet mit Ausnahme der Stadt Lünen verantwortlich.

Spätestens seit den Ereignissen der Silvesternacht in Köln stellen wir bei vielen Bürgerinnen und Bürgern ein allgemeines Unsicherheitsgefühl im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen fest.

Das ist durchaus nachvollziehbar, und ich nehme diese Ängste sehr ernst.

Deswegen beobachten die Polizeibeamtinnen und –beamten der Kreispolizeibehörde die Lage in den acht großen Unterkünften und den 66 kleineren kommunalen Gemeinschaftsunterkünften sehr intensiv.

Die Polizei ist auch häufig vor Ort, weil wir ein flächendeckendes Objektschutzkonzept entwickelt haben, das auch umgesetzt wird.

Die objektiv größte Gefahr für unsere Sicherheit im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen geht in Deutschland derzeit leider von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte aus, was es im Kreis Unna bislang noch nicht gegeben hat.

Die Anzahl dieser Anschläge ist in Deutschland in den vergangenen Monaten exorbitant gestiegen, so dass die Sicherheit von Flüchtlingen sehr stark im Fokus der polizeilichen Arbeit steht.

Vor diesem Hintergrund bin ich auch nicht bereit, bei Baugenehmigungen der Bauordnungsbehörde des Kreises für Flüchtlingsunterkünfte irgendwelche Kompromisse beim Brandschutz einzugehen, so wie das von mir gefordert wurde.

Eine erhöhte Straffälligkeit von Flüchtlingen lässt sich bei uns im Kreis Unna nicht belegen.

Die Flüchtlingsunterkünfte im Kreis Unna sind keine Kriminalitätsschwerpunkte!

Und Vorfälle wie in der Silvesternacht hat es bei uns nicht gegeben!

Bei den Straftaten von Flüchtlingen, die die Kreispolizeibehörde im vergangenen Jahr festgestellt hat, handelt es sich überwiegend um Straftaten untereinander, die zum Teil auf die beengte Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zurückzuführen waren.

Selbstverständlich gibt es wie überall im Leben keine hundertprozentige Sicherheit!

Aber die Polizei tut alles Menschenmögliche, um Gefahren für die Menschen im Kreis Unna abzuwenden.

Dabei sind wir bisher sehr erfolgreich gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir stehen auch im Kreis Unna vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran gehen, diese Herausforderungen im Interesse der Menschen in unserer Region erfolgreich zu bewältigen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!